

60 Jahre Israel = 60 Jahre Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes

Im Vorfeld und im Verlauf des ersten Israelischen Krieges 1947/48 gegen das palästinensische Volk wurden über 770 000 Palästinenser Opfer einer systematischen Vertreibung durch die zionistischen paramilitärischen Organisationen. Sie mussten aus ihrer Heimat fliehen, und wurden in Flüchtlingslagern in benachbarten Ländern sowie in der Westbank und im Gazastreifen aufgenommen. Die zweite große Welle der Vertreibung folgte im so genannten 6 Tage Krieg im Juni 1967, in dem Israel den Rest Palästinas - die Westbank und den Gazastreifen- besetzte. Fast 430 000 Palästinenser wurden noch einmal vertrieben. 175 000 davon zum zweiten Mal. Die palästinensischen Flüchtlinge, die zum großen Teil immer noch in Flüchtlingslagern leben, warten bis heute auf die Einlösung ihres Rückkehrrechts, das ihnen laut UNO-Beschlüssen zusteht. Im heutigen Israel sind Palästinenser Bürger zweiter Klasse und in der Westbank und im Gazastreifen Opfer einer als Autonomiestatus maskierten Besatzungspolitik.

Seit 60 Jahren führt der zionistische Staat Kriege gegen die palästinensische Bevölkerung. Israel enteignet ständig weiter palästinensischen Boden, bombardiert Städte und Dörfer, verhaftete allein in Westbank und Gazastreifen bisher mehr als 600 000 Menschen und macht palästinensische Städte und Dörfer mit einem System von Kontrollposten, Mauern und Zäunen zu großen Gefängnissen.

Seit Juni 2007 isoliert Israel den Gazastreifen vollständig von der Außenwelt. Da Israel alle Ausgänge des Gazastreifens kontrolliert, ist der Personen- und Warenverkehr von und in den Gazasteifen weitgehend zum Erliegen gekommen. Dies hat zu großer Not und drastischem Mangel an Grundnahrungsmitteln und Medikamenten geführt. Seit Beginn der Blockade sind 130 Patienten gestorben, weil Israel den Zugang zu medizinischer Versorgung, die im Gazastreifen nicht vorhanden ist, verweigert hat. Die UNRWA (Flüchtlingshilfsorganisation der UNO) hat die Arbeit vor kurzem eingestellt, weil kein Kraftstoff für Fahrzeuge zu bekommen ist. Aufgrund des fehlenden Treibstoffs ist auch die Elektrizität nur eingeschränkt verfügbar. Das Abwassersystem und die Trinkwasserversorgung sind zusammengebrochen. Schulen und Krankenhäuser können nicht arbeiten. Es gibt seit langer Zeit keinen normalen Alltag im Gazastreifen.



Die Apartheidsmauer: 700 km lang und bis 8 m hoch

Die Arbeitslosigkeit in Palästina ist seit der zweiten Intifada im Jahr 2000 auf 40-65% gestiegen. Allein im Gazastreifen haben aufgrund der totalen Blockade mehr als 150.000 Menschen ihre Arbeit verloren. 90 % aller Betriebe haben geschlossen. Die Mauer, die den Weg zwischen Familien, zu Krankenhäusern, Schulen und Arbeitsplätzen abschneidet, hat diese Entwicklung noch verschärft. Ein Großteil der Bevölkerung hat durch die Straßensperren seine Arbeit verloren. Rund 60% der Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. 13,3% der Kinder sind unterernährt. Viele der Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

60 Jahre Krieg, Vertreibung, Landraub und Entrechtung

1897 Erster Zionistenkongress in Basel Die Zionisten beschließen für das jüdische Volk eine Heimstätte in Palästina zu schaffen

Herzl: *Für ein Volk ohne Land ein Land ohne Volk. Man müsse die Palästinenser halt einfach loswerden.*

Damals lebten alle Palästinenser, egal ob sie Muslime, Juden oder Christen waren, friedlich miteinander. Die Juden unter der palästinensischen Bevölkerung machten damals nicht ganz 10% aus, sie besaßen 0,5 % des Landes. Die Zionisten wollten „ein Schutzwall für die westliche Zivilisation gegen die Barbarei des Orients sein“.

Fazit: Die Zionisten haben sich immer als die Speerspitze der Kolonialmächte verstanden. Sowohl ihre Ideologie als auch ihre Methoden beweisen ein hohes Maß an Rassismus. Sogar der ehemalige Knessetpräsident, Avraham Burg hat eingesehen. Zitat „Israel muss seine Illusionen los werden und zwischen rassistischer Unterdrückung und Demokratie wählen“.

1947 Der Bevölkerungsanteil der Juden war durch die Einwanderung auf 35 % gestiegen. Die stärkste Einwanderungswelle fand nach 1933 statt, da deutsche und europäische Juden vor den Nationalsozialisten fliehen mussten. Ihr Anteil am Land betrug 5,7%, trotzdem bekamen sie beim UN-Teilungsplan 56 % des Landes zugesprochen.

1948

- Besetzung von über 77 % des historischen Palästinas
- Vertreibung von ca. 800.000 Palästinenser
- Zerstörung von 500 palästinensischen Städte und Dörfern
- Massaker in vielen Dörfern und Städte (ethnische Säuberung) wie die Massaker von Deir Yassin

Ziel: Vertreibung des palästinensischen Volkes. Herzl: „Man müsse die Palästinenser halt einfach loswerden“.

Die folgenden Beispiele zeigen wie offensichtlich der „Staat Israel“ internationales Recht und Menschenrechte verletzt.

- Vertreibung von über 1000.000 Palästinensern (Die Zahlen der Vertriebenen zusammen mit ihren Nachkommen beläuft sich heute auf ca. 5,6 Mio. Menschen)
- Besetzung und Annektion von arabischen Gebieten wie den Golanhöhen
- Bau von Siedlungen für 450.000 militante zionistische Siedler in der Westbank und im Gazastreifen
- Enteignung von über 50 % der Westbank und des Gazastreifens
- Zerstörung von über 18.000 palästinensischen Häusern seit 1967
- Derzeit sind mehr als 12.000 Palästinenser, darunter viele Kinder und Frauen im Gefängnis.
- Schießen mit scharfer Munition auf friedliche Demonstranten und europäische Friedensaktivisten
- Tausende Tote und Zehntausende Verwundete (mehr als 1.000 palästinensische Kinder wurden seit dem Jahr 2000 erschossen)
- Kontrolle über 80% der Wasserressourcen in der Westbank und im Gazastreifen
- Vernichtung von ca. einer Million Olivenbäumen
- Bau einer riesigen Sperranlage, die **Mauer** auf palästinensischem Gebiet
- Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch ein System von Abriegelung, Belagerung, Ausgangssperren, Straßenblockaden und Checkpoints
- Gezielte Zerstörung von Wasser- und Abwasserleitungen und anderer Infrastrukturen

Solange Israel Land besetzt hält, völkerrechtswidrig Mauern, Straßensperren und Siedlungen baut und ein System der Unterdrückung, der Ungerechtigkeit, der Willkür und des Landraubs beibehält, kann es keinen Frieden in Palästina geben.

Ein dauerhafter und gerechter Frieden in der Region kann letztendlich nur in einem gemeinsamen demokratischen Staat, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer Religion und ihrer sozialen Herkunft gleichberechtigt leben, verwirklicht werden.